

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 246-2016
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2017.RRGR.20

Eingereicht am: 29.12.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne) (Sprecher/in)
de Meuron (Thun, Grüne)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 26.01.2017

RRB-Nr.: vom
Direktion: Volkswirtschaftsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Olympische Spiele 2026: Es braucht rasch mehr Transparenz über Kostenfolgen und Umweltverträglichkeit!

Gemäss Medienmitteilung vom 14.12.2016 unterstützt der Regierungsrat des Kantons Bern die Kandidatur «2026. Les Jeux Swiss Made» für die Olympischen Winterspiele 2026 mit einer Million Franken aus dem Lotteriefonds. Dies, falls Swiss Olympic das Projekt für eine internationale Kandidatur auswählt. Im März 2017 wird das Sportparlament von Swiss Olympic über eine schweizerische Kandidatur entscheiden. Das überregionale, dezentrale Konzept von «2026. Les Jeux Swiss Made» sieht neben dem Zentrum im Wallis Wettkampforte im Kanton Bern in Kandersteg, Bern und Biel sowie ein zweites Olympisches Dorf in Thun vor. In Kandersteg müsste eine neue Skisprungschanze gebaut werden. Auch das zweite Olympische Dorf in Thun ist mit grossen Infrastrukturbauten verbunden. Zudem stellt sich die Frage, mit welchen Verkehrsmitteln die Sportler und Sportlerinnen und Beteiligten beim vorgesehenen dezentralen Konzept zwischen den verschiedenen Standorten transportiert werden. Die Regierung spricht dabei von «Chancen für längerfristige Optimierungen der Verkehrs- und Sportinfrastruktur». Zum heutigen Zeitpunkt gibt es weder Transparenz über die finanziellen Auswirkungen noch Transparenz über die Auswirkungen für die Umwelt und die Gesellschaft.

«Gleichzeitig ist klar, dass ein Sportanlass dieser Grössenordnung ohne substanzielle finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand nicht möglich sein wird...» schreibt der Bundesrat und will im Herbst 2017 – gestützt auf ein entsprechendes Gesuch von Swiss Olympic – über Inhalt und

Form einer Bundesunterstützung entscheiden und gegebenenfalls eine Botschaft erarbeiten.¹

Die Vorstellung, Olympische Spiele würden dem organisierenden Land enorme wirtschaftliche Vorteile verschaffen, ist weit verbreitet. Die positiven Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft werden vor allem von den Organisatoren unterstrichen. Sie betonen die Impulse für den Tourismus und das lokale Gewerbe sowie die Verbesserung der Infrastruktur. Die Erfahrungen der früheren Austragungsorte zeigen ein anderes Bild. Gigantische Bauruinen, Umweltbelastung und Mehrausgaben sind Zeugen dieser Megaanlässe. Die bisherigen Erfahrungen mit den Olympischen Spielen sind gemischt. Seit den Terrorangriffen sind die Sicherheitskosten geradezu explodiert. Dabei handelt es sich um nicht nachhaltige Ausgaben. Die Infrastruktur- und die Sicherheitsausgaben werden zu einem grossen Teil vom Staat bezahlt. Deshalb stellt sich die Frage, ob der Öffentlichkeit mit einer anderen Verwendung dieser knappen Mittel nicht mehr gedient wäre. Es muss dabei abgewogen werden, ob nicht zum Beispiel höhere staatliche Ausgaben für die Bildung zukünftig einen besseren Nutzen bringen würden.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Beteiligung sieht das Projekt Winterspiele 2026 im Kanton Bern konkret vor?
2. Welche Aus- und Neubauten wären für die bisher bekannten Standorte Biel, Thun, Bern und Kandersteg notwendig bzw. vorgesehen?
3. Genügen die heutigen Stadien in Biel und Bern den olympischen Anforderungen?
4. Was bedeutet der Neubau einer zusätzlichen Schanze in Kandersteg finanziell und ökologisch?
5. Um welche «längerfristigen Optimierungen der Verkehrs- und Sportinfrastruktur» handelt es sich?
6. Welche Ausgaben im Rahmen der Projekteingabe wurden von Kantonsseite bereits getätigt und/oder sind geplant?
7. In welchem Umfang ist mit Ausgaben der öffentlichen Hand im Kanton Bern (Kanton und Gemeinden) für Ausgaben für Sicherheit, Infrastruktur, Verkehr, Sportförderung, Umweltschutz, Nachhaltigkeit usw. zu rechnen?
8. Wo und in welcher Grösse soll das Olympiadorf in Thun gebaut werden, und wie ist die nachhaltige Nutzung der Gebäude gesichert?
9. Ist der Regierungsrat bereit, allfällige Winterspiele 2026 nach dem Grundsatz «CO₂-frei» durchzuführen?
10. Ist der Regierungsrat bereit, dafür zu sorgen, dass allfällige Winterspiele 2026 nach den höchstmöglichen ökologischen Standards (Abfall, Bodenverbrauch, Ressourcen, Wasser, Transport usw.) durchgeführt werden?

¹ Medienmitteilung: Bundesrat führt erste Aussprache zu Olympischen Winterspielen 2026, 02.12.2016. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-64790.html>

11. Wie ist der Regierungsrat in das Projekt und die Organisation involviert?
12. Ist gewährleistet, dass der Grosse Rat in die weitere Planung einbezogen wird?
13. Wann unterbreitet der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Entscheidungsgrundlage zur Frage der Beteiligung an den olympischen Winterspielen 2026?
14. Unterbreitet der Regierungsrat den Kredit von 1 Million Franken aus dem Lotteriefonds dem Grossen Rat (die Kompetenzgrenze liegt bei Lotteriefondskrediten bei 1 Million Franken)?

Begründung der Dringlichkeit: Bereits im März 2017 entscheidet Swiss Olympic über das Projekt für eine internationale Kandidatur. Der Bundesrat hat Entscheide für Herbst 2017 in Aussicht gestellt. Da bis zum Entscheid von Swiss Olympic keine Debatte im Grossen Rat vorgesehen ist, ist eine rasche Beantwortung der Fragen im Hinblick auf die anstehenden Fragen angesichts der Grösse des Projekts vordringlich.